

6 4 2 4 6 / 3 .

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Gesundheit zuständigen Ministers

Nach Beratung,

Beschließt:

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

11 -09- 2018

RAAD VAN STATE
WETGEVING

Der für Gesundheit zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS ZWISCHEN DEN
FÖDERALEN, REGIONALEN UND GEMEINSCHAFTSBEHÖRDEN ÜBER DIE KOORDINATION DER
DATENVERARBEITUNG IN DER GESUNDHEITSPOLITIK UND IM PERSONENBEISTAND, GESCHE-
HEN ZU BRÜSSEL AM 20. NOVEMBER 2017**

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen zwischen den föderalen, regionalen und Gemeinschaftsbehörden über die Koordination der Datenverarbeitung in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand, geschehen zu Brüssel am 20. November 2017, gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu dem einzigen Artikel	4
Vorentwurf	5
Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen zwischen den föderalen, regionalen und Gemeinschaftsbehörden über die Koordination der Datenverarbeitung in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand, geschehen zu Brüssel am 20. November 2017	6

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Im Hinblick auf einen optimalen elektronischen Austausch von Informationen und Daten zwischen den Verantwortlichen im Gesundheits- und Sozialsektor wird die gemeinsame Nutzung von Daten derzeit durch das Protokollabkommen vom 29. April 2013 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinschaftlichen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über den optimalen elektronischen Daten- und Informationsaustausch zwischen den Akteuren in den Bereichen Gesundheit, Wohlfahrt und Personenbeistand geregelt.¹

Anlass für die Ausarbeitung des Zusammenarbeitsabkommens über die gemeinsame Nutzung von Daten, das dem vorliegenden Dekretentwurf zugrunde liegt, ist das Gutachten des Staatsrates über die gemeinsame Nutzung von Daten im Rahmen des BELRAI-Projekts aus dem Jahr 2016.²

Um potenzielle Probleme beim Austausch von Daten aus dem Gesundheits- und Sozialsektor in Zukunft zu minimieren, initiierte die föderale Interkabinettsarbeitsgruppe „eHealth“ die Ausarbeitung eines Zusammenarbeitsabkommens im Hinblick auf die gemeinsame Nutzung von Daten. Dieses Abkommen ermöglicht den Austausch von Daten zwischen den Regierungen und die Schaffung gemeinsamer Projekte.

In einer Arbeitsgruppe wurde ein Vorschlag für einen Entwurf eines Zusammenarbeitsabkommens zwischen den föderalen, regionalen und Gemeinschaftsbehörden über die Koordination der Datenverarbeitung in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand erarbeitet.

Das Hauptziel dieses Zusammenarbeitsabkommens besteht darin, den Datenaustausch zwischen den föderalen, gemeinschaftlichen und regionalen Behörden nach dem Grundsatz der Aufbewahrung an einem einzelnen Ort in einer authentischen Quelle („only-once-Prinzip“) zu ermöglichen. Dabei wird die authentische Quelle von der Regierung bzw. von der zuständigen Behörde verwaltet.

Konkret verfolgt das Zusammenarbeitsabkommen folgende Ziele:

- Förderung eines sicheren elektronischen Informations- und Datenaustauschs zwischen allen Akteuren, die für die Gesundheitspolitik und den Personenbeistand zuständig sind, mit den erforderlichen Garantien in den Bereichen Informationssicherheit und Vertraulichkeit der Daten, Schutz der Privatsphäre und Wahrung des Berufsgeheimnisses;
- Optimierung der Qualität und Kontinuität der Versorgung und Patientensicherheit sowie Vereinfachung der Verfahren für alle Beteiligten.

¹ B.S. vom 18. Juni 2013

² Gutachten Nummer 59.130/1 des Staatsrates vom 15 April 2016 über einen Vorentwurf eines Erlasses, der zum Erlass der Flämischen Regierung vom 13. Mai 2016 „tot invoering van de BelRAI screener“ geworden ist.

Somit wurde ein Text ausgearbeitet, der die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die gemeinsame Nutzung von Daten auf Grundlage von Artikel 92bis §1 des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen ermöglicht.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1

In diesem Artikel wird betont, dass der Datenaustausch auf sichere Weise und unter Einhaltung der erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen erfolgen muss. Darüber hinaus sollen die Qualität und Beständigkeit der Versorgung, die Patientensicherheit und die Vereinfachung der Abläufe optimiert werden.

Artikel 2

Dieser Artikel definiert bestimmte Begriffe des Zusammenarbeitsabkommens.

Artikel 3

In diesem Artikel werden verschiedene Grundsätze vereinbart. Im ersten Absatz verpflichten sich die Parteien, sich gegenseitig über die ihnen zur Verfügung stehenden Datenkategorien (Metadaten) zu informieren, d.h. welche Datenbanken und Datenverarbeitungsvorgänge existieren und wie sie dargestellt sind.

Im zweiten Absatz wird dargelegt, dass eine Partei einer anderen Partei Daten zur Verfügung stellen kann, wenn sich die Datenverarbeitung auf Daten bezieht, die im Rahmen der Ausübung der Befugnisse einer oder mehrerer anderer Parteien wiederverwendet werden können.

Im dritten Absatz wird betont, dass jede Partei weiterhin dafür verantwortlich ist, dass die einschlägigen europäischen und belgischen Vorschriften ordnungsgemäß eingehalten werden.

Im letzten Absatz wird schließlich verdeutlicht, dass die Art und Weise des Informations- und nicht im Zusammenarbeitsabkommen festgelegt worden ist, diese aber in Ausführungs- zusammenarbeitsabkommen weiter geregelt werden kann.

Artikel 4

Dieser Artikel sieht die Möglichkeit für eine oder mehrere Parteien vor, gemeinsame Projekte zur Informationsverarbeitung im Rahmen der Gesundheits- und Sozialpolitik durchzuführen.

Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt, dass die von der eHealth-Plattform entwickelten Basisdienste allen Beteiligten zur Verfügung stehen. Gleichwohl ist die Nutzung der eHealth-Plattform nicht verpflichtet. Bei der Nutzung dieser Basisdienste halten die Parteien die von der eHealth-Plattform festgelegten technischen und funktionalen Standards der Informations- und Kommunikationstechnologie ein.

Artikel 6

Dieser Artikel sieht vor, dass die Teilstaaten mit beratender Stimme an den Sitzungen des durch das "eHealth-Gesetz" geschaffenen Konzertierungsausschusses der Nutzer teilnehmen.

Artikel 7

Dieser Artikel bestätigt die im Protokollabkommen vom 29. April 2013 getroffenen Übereinkünfte darüber, unter welchen Voraussetzungen die Teilstaaten am Verwaltungsausschuss der eHealth-Plattform teilnehmen können.

Artikel 8

Dieser Artikel sieht vor, dass, wenn eine Partei einen finanziellen Beitrag zu bestimmten Dienstleistungen erbringt, diese im Verwaltungsausschuss auch stimmberechtigt sind. Dieser Artikel bildet auch die Grundlage für den Abschluss asymmetrischer Zusammenarbeitsabkommen, den so genannten „Ausführungszusammenarbeitsabkommen“. Gemäß Artikel 92bis §1 Absatz 3 des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen können gewisse Ausführungsbestimmungen des vorliegenden Zusammenarbeitsabkommens durch Ausführungszusammenarbeitsabkommen geregelt werden, dessen Wirksamkeit nicht von einem legislativen Zustimmungsakt abhängig ist.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird gemäß Artikel 7 des Abkommens einen stimmberechtigten Vertreter in den Verwaltungsausschuss bestellen. Dieser Vertreter ist berechtigt, über Entscheidungen abzustimmen, die in die ausschließliche oder geteilte Zuständigkeit der Teilstaaten fallen. Unter geteilter Zuständigkeit sind alle Arten von Projekten, zu denen die Deutschsprachige Gemeinschaft in Zukunft einen wesentlichen Beitrag leisten wird, zu verstehen.

Artikel 9

Dieser Artikel sieht vor, dass die Ausführung des Abkommens durch von einem Lenkungsausschuss begleitet wird. Um keine neuen Gremien zu schaffen, soll diese Begleitung im Rahmen der derzeitigen Konsultationsstrukturen der interministeriellen Konferenz weiterverfolgt werden.

Artikel 10

Dieser Artikel legt den Grundsatz fest, nach dem alle Parteien den Abschluss eines Ausführungszusammenarbeitsabkommens beantragen können. Dabei ist auf größtmögliche Transparenz gegenüber den nicht betroffenen Parteien zu achten.

Artikel 11

Dieser Artikel bezieht sich auf die Beilegung eventueller Streitigkeiten mittels eines Zusammenarbeitsgerichts im Sinne von Artikel 92bis §§5-6 des Sondergesetzes zur Reform der Institutionen.

Artikel 12

Dieser Artikel sieht vor, dass das Zusammenarbeitsabkommen in Kraft tritt, nachdem es durch alle Parteien gebilligt wurde.

Artikel 13

Gemäß dieser Bestimmung wird das Zusammenarbeitsabkommen für eine unbestimmte Dauer abgeschlossen.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einziges Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen den föderalen, regionalen und Gemeinschaftsbehörden über die Koordination der Datenverarbeitung in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand, geschehen zu Brüssel am 20. November 2017

Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinschaftlichen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission zur Koordinierung der Datenverarbeitung in den Bereichen der Gesundheitspolitik und des Personenbeistands, geschehen zu Brüssel am 20. November 2017 wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommen zwischen den föderalen, regionalen und Gemeinschaftsbehörden über die Koordination der Datenverarbeitung in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand, geschehen zu Brüssel am 20. November 2017

	<p>Zusammenarbeitsabkommen zwischen den föderalen, regionalen und Gemeinschaftsbehörden über die Koordination der Datenverarbeitung in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand</p>
	<p>Aufgrund der Artikel 128, 130, 135 und 138 der Verfassung;</p> <p>Aufgrund des Sondergesetzes vom 08. August 1980 über institutionelle Reformen, insbesondere Artikel 5, § 1 und 92bis;</p> <p>Aufgrund des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen, insbesondere Artikel 63;</p> <p>Aufgrund des Gesetzes vom 31. Januar 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 55bis;</p> <p>Aufgrund des Dekrets II der Französischen Gemeinschaft vom 19. Juli 1993, durch das die Ausübung bestimmter Befugnisse der Französischen Gemeinschaft der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission überlassen wird, insbesondere die Artikel 3, 6° und 7° und 4, 1°;</p> <p>Aufgrund des Dekrets II der Wallonischen Region vom 22. Juli 1993, durch das die Ausübung bestimmter Befugnisse der Französischen Gemeinschaft der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission überlassen wird, insbesondere die Artikel 3, 6° und 7° und 4, 1°;</p> <p>Aufgrund des Dekrets II der Französischen Gemeinschaftskommission vom 22. Juli 1993, durch das die Ausübung bestimmter Befugnisse der Französischen Gemeinschaft der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission überlassen wird, insbesondere die Artikel 3, 6° und 7° und 4, 1°;</p>
	<p>In der Erwägung, dass die Gemeinschaften im Allgemeinen für die Gesundheitspolitik und den Personenbeistand zuständig sind;</p> <p>In der Erwägung, dass einige Aspekte in Bezug auf die Gesundheitspolitik und den</p>

	<p>Personenbeistand weiterhin unter die Zuständigkeit des Föderalstaates fallen;</p> <p>In der Erwägung, dass sowohl der Föderalstaat, als auch die Gemeinschaften, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, die Französische Gemeinschaftskommission und die Wallonische Region jeweils innerhalb ihrer Zuständigkeit in Sachen Gesundheitspolitik und Personenbeistand fortschrittliche Initiativen auf dem Gebiet der elektronischen Informationsverarbeitung ergreifen, wobei die Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie ausschöpfend genutzt werden;</p> <p>In der Erwägung, dass sowohl der Föderalstaat, als auch die Gemeinschaften, die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, die Französische Gemeinschaftskommission und die Wallonische Region einen sicheren elektronischen Informationsaustausch zwischen allen an der Gesundheitspolitik und dem Personenbeistand beteiligten Akteuren unter Berücksichtigung des Schutzes der Privatsphäre und der Achtung des Berufsgeheimnisses fördern möchten;</p> <p>In der Erwägung, dass die Parteien am 29. März 2000 und am 29. April 2013 bereits Vereinbarungsprotokolle hinsichtlich eines optimalen elektronischen Austauschs von Informationen und Daten zwischen den an der Gesundheitspolitik und dem Personenbeistand beteiligten Akteuren geschlossen haben;</p> <p>In der Erwägung, dass diese Vereinbarungsprotokolle eine politische Vereinbarung zwischen den zuständigen Ministern wiedergeben, die Mitglied der Interministeriellen Konferenz Volksgesundheit sind, aber aus verfassungsrechtlicher Sicht nicht jede gewünschte Form der Zusammenarbeit zulassen;</p> <p>In der Erwägung, dass die Parteien deshalb mit diesem Zusammenarbeitsabkommen eine konkrete rechtliche Grundlage gemäß dem belgischen verfassungsrechtlichen Rahmen für ihre wechselseitige Zusammenarbeit im Bereich der Informationsverarbeitung in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand schaffen wollen;</p>
--	---

	<p>Der Föderalstaat, vertreten durch die Föderalregierung in Person des Premierministers und des Ministers der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit;</p> <p>Die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch ihre Regierung in Person ihres Ministerpräsidenten und des Ministers für Volksgesundheit, Wohlfahrt und Familie;</p> <p>Die Französische Gemeinschaft, vertreten durch ihre Regierung in Person ihres Ministerpräsidenten;</p> <p>Die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch ihre Regierung in Person ihres Ministerpräsidenten;</p> <p>Die Wallonische Region, vertreten durch ihre Regierung in Person ihres Ministerpräsidenten;</p> <p>Die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch das Vereinigte Kollegium der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission in Person seines Vorsitzenden;</p> <p>Die Französische Gemeinschaftskommission, vertreten durch ihr Kollegium in Person seines Vorsitzenden;</p> <p>Im Folgenden die „Parteien“ genannt, haben das Folgende vereinbart:</p>
	<p style="text-align: center;">Artikel 1. Zielsetzungen</p> <p>Dieses Abkommen hat die folgenden Zielsetzungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Förderung eines sicheren elektronischen Informations- und Datenaustauschs zwischen allen an der Gesundheitspolitik und dem Personenbeistand beteiligten Akteuren mit den notwendigen Garantien auf dem Gebiet der Informationssicherheit und der Vertraulichkeit von Daten, dem Schutz der Privatsphäre und der Achtung des Berufsgeheimnisses; - die Optimierung der Qualität und

	<p>Kontinuität im Gesundheitswesen und der Sicherheit des Patienten sowie die Vereinfachung der Verfahren für alle beteiligten Akteure.</p>
	<p>Artikel 2. Definitionen</p> <p>Für die Anwendung dieses Zusammenarbeitsabkommens wird verstanden unter:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Personenbeistand: Personenbeistand gemäß Artikel 5, § 1, II des Sondergesetzes vom 08. August 1980 über institutionelle Reformen, ungeachtet dessen, ob diese Politik durch dieses Gesetz der Zuständigkeit der Gemeinschaften zugewiesen wird oder zur Zuständigkeit des Föderalstaates gehört; - Förderiertes Teilgebiet: Eine Gemeinschaft im Sinne von Artikel 2 der Verfassung, eine Region im Sinne von Artikel 3 der Verfassung oder eine Gemeinschaftskommission im Sinne von Artikel 163 der Verfassung; - Datenaustausch: Die Bereitstellung von Daten, die von einer Partei oder Körperschaft innerhalb des Zuständigkeitsbereichs einer Partei verarbeitet werden, an eine oder mehrere andere Parteien oder eine oder mehrere Körperschaften, die diese Daten innerhalb des Zuständigkeitsbereichs dieser anderen Parteien verarbeiten; - Datenverarbeitung: Ein mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführter Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das

	<p>Löschen oder die Vernichtung (wie in Artikel 4, 2) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) vorgesehen);</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gesundheitspolitik: Die Gesundheitspolitik gemäß Artikel 5, § 1, I des Sondergesetzes vom 08. August 1980 über institutionelle Reformen, ungeachtet dessen, ob diese Politik durch dieses Gesetz der Zuständigkeit der Gemeinschaften zugewiesen wird oder zur Zuständigkeit des Föderalstaates gehört; - Ausführendes Zusammenarbeitsabkommen: Zusammenarbeitsabkommen gemäß Artikel 92bis des Sondergesetzes vom 08. August 1980 über institutionelle Reformen, dessen Ausführung gewährleistet werden kann, ohne dass die Zustimmung per Gesetz oder Dekret erforderlich ist.
	<p>Artikel 3. Informations- und Datenaustausch</p> <p>Um eine Untergrabung der Gültigkeit der Grundsätze der einmaligen Datensammlung und authentischen Quellen in der Gesundheitspolitik und im Personenbeistand zu vermeiden, verpflichtet sich jede der Parteien dazu, jeder anderen Partei, die darum ersucht, alle relevanten Informationen über den Zweck einer Datenverarbeitung - und über die Art der Daten (Metadaten) - zu verschaffen, die unter ihrer Zuständigkeit durchgeführt werden und die für die ersuchende Partei für die Ausübung ihrer Zuständigkeiten in Sachen Gesundheitspolitik und Personenbeistand relevant sind.</p> <p>Wenn sich eine Datenverarbeitung, die unter der Zuständigkeit einer Partei durchgeführt wird, auf Daten bezieht, die gleichzeitig im Rahmen der Ausführung von Zuständigkeiten</p>

	<p>einer oder mehrerer anderer Parteien in Sachen Gesundheitspolitik und Personenbeistand wiederverwendet werden können, darf die erstgenannte Partei diese Daten der anderen Partei auf Anfrage zur Verfügung stellen.</p> <p>Jede Partei bleibt verantwortlich für die korrekte Einhaltung der europäischen und belgischen [und gegebenenfalls teilstaatlichen] Gesetzgebung bezüglich des Schutzes bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten und insbesondere der bei der Mitteilung von Daten geltenden spezifischen Gesetzgebung und gegebenenfalls der Gesetzgebung über den Erhalt der von dieser Gesetzgebung auferlegten Ermächtigungen, die für den im vorstehenden Absatz genannten Datenaustausch erforderlich sind.</p> <p>Die technischen und organisatorischen Modalitäten für den im ersten Absatz genannten Informationsaustausch und den im zweiten Absatz genannten Datenaustausch können in Vereinbarungsprotokollen festgehalten werden, die zwischen den für jede Partei für die betreffende Datenverarbeitung zuständigen Behörden geschlossen werden.</p>
	<p>Artikel 4. Gemeinsame Projekte</p> <p>Auf Initiative einer oder mehrerer Parteien dieses Zusammenarbeitsabkommens können von zwei oder mehr Parteien gemeinsame Projekte in Bezug auf die Informationsverarbeitung im Rahmen der Gesundheitspolitik und des Personenbeistands aufgesetzt werden.</p> <p>Die Zielsetzungen und die allgemeinen Grundsätze in Bezug auf die Rollenverteilung, die Ausführung und die Finanzierung von gemeinsamen Projekten können in einem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen festgehalten werden, das innerhalb der interministeriellen Konferenz geschlossen wird.</p> <p>Die technischen und organisatorischen Modalitäten für die Ausführung gemeinsamer Projekte können in Vereinbarungsprotokollen festgehalten werden, die zwischen den für jede Partei für das betreffende Projekt zuständigen</p>

	Behörden geschlossen werden.
	<p>Artikel 5. Basisdienste der eHealth-Plattform</p> <p>Die Basisdienste, die gemäß Artikel 5, 4° des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform entwickelt wurden, stehen allen Parteien zur Verfügung.</p> <p>Bei der Nutzung dieser Basisdienste respektieren die Parteien die technischen und funktionalen ICT-Normen, die von der eHealth-Plattform festgelegt werden, wenn diese in Zusammenarbeit mit dem Konzertierungsausschuss der Nutzer der eHealth-Plattform gesetzlich vorgeschrieben sind.</p>
	<p>Artikel 6. Konzertierungsausschuss der Nutzer der eHealth-Plattform</p> <p>Die föderierten Teilgebiete nehmen mit beratender Stimme an den Versammlungen des Konzertierungsausschusses der Nutzer gemäß Artikel 23 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform teil.</p>
	<p>Artikel 7. Geschäftsführender Ausschuss der eHealth-Plattform</p> <p>Die föderierten Teilgebiete nehmen mit beratender Stimme an den Versammlungen des geschäftsführenden Ausschusses gemäß Artikel 15 §1 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform teil.</p> <p>Die Vertretung der föderierten Teilgebiete im geschäftsführenden Ausschuss wird folgendermaßen festgestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zwei von der Flämischen Gemeinschaft ernannte und entlassene Mitglieder; - Zwei von der Französischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission ernannte

	<p>und entlassene Mitglieder;</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ein von der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission ernanntes und entlassenes Mitglied; - Ein von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ernanntes und entlassenes Mitglied.
	<p>Artikel 8. Finanzierung der eHealth-Plattform</p> <p>Dienste, die in Bezug auf die Informationsverarbeitung im Rahmen der Gesundheitspolitik oder des Personenbestands von einer Partei zugunsten einer anderen Partei dieses Zusammenarbeitsabkommens erbracht werden, können Gegenstand einer in einem ausführenden Zusammenarbeitsabkommen festgehaltenen finanziellen Regelung sein.</p> <p>Insbesondere kann ein Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem Föderalstaat und einem oder mehreren förderierten Teilgebieten einen Beitrag der Letztgenannten an der Finanzierung der eHealth-Plattform feststellen. Ab der Unterzeichnung eines solchen Abkommens kann das betreffende förderierte Teilgebiet gemäß Artikel 15 des Gesetzes vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform einen oder mehrere stimmberechtigte Vertreter in den geschäftsführenden Ausschuss ernennen. Dieser Vertreter ist stimmberechtigt bei Beschlüssen, die zur exklusiven oder geteilten Zuständigkeit des förderierten Teilgebiets gehören. Artikel 15, § 1 des vorgenannten Gesetzes wird diesbezüglich angepasst werden.</p>
	<p>Artikel 9. Lenkungsgruppe</p> <p>Die Interministerielle Konferenz wird mit diesem Abkommen eine Lenkungsgruppe mit Vertretern jeder Partei einrichten.</p> <p>Die Lenkungsgruppe überwacht die ordnungsgemäße Ausführung dieses Zusammenarbeitsabkommens und beratschlagt gegebenenfalls über die Vorschläge zu dessen Anpassung.</p>

	<p>Artikel 10. Nähere Bestimmungen zu den asymmetrischen bilateralen Zusammenarbeitsabkommen</p> <p>Es können auf Antrag einer Partei asymmetrische bilaterale, gegebenenfalls ausführende, Zusammenarbeitsabkommen geschlossen werden. Die näheren Bestimmungen für den Abschluss dieser asymmetrischen bilateralen Zusammenarbeitsabkommen müssen insbesondere die Einhaltung des Transparenzgrundsatzes gegenüber allen Parteien während der Verhandlungen über ein solches ausführendes Zusammenarbeitsabkommen gewährleisten.</p>
	<p>Artikel 11. Streitigkeiten</p> <p>Streitigkeiten in Bezug auf die Auslegung oder Ausführung dieses Zusammenarbeitsabkommens werden von dem in Artikel 92bis, §§ 5 und 6 des Sondergesetzes vom 08. August 1980 über institutionelle Reformen genannten Gericht geschlichtet.</p>
	<p>ARTIKEL 12 Inkrafttreten</p> <p>Dieses Zusammenarbeitsabkommen tritt am Tag der Veröffentlichung der letzten Zustimmungserklärung im Belgischen Staatsblatt in Kraft.</p>
	<p>Artikel 13. Dauer</p> <p>Das Zusammenarbeitsabkommen wurde für unbestimmte Zeit geschlossen.</p>
	<p>Ausgefertigt in Brüssel am xxx 2017 in der niederländischen, französischen und deutschen Sprache.</p>

	Für den Föderalstaat,
	Für die Flämische Gemeinschaft,
	Für die Wallonische Region,
	Für die Französische Gemeinschaftskommission,
	Für die Gemeinsame Gemeinschaftskommission der Region Brüssel Hauptstadt,
	Für die Französische Gemeinschaft,
	Für die Deutschsprachige Gemeinschaft,

64246/3.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit:

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

10 -09- 2018

RAAD VAN STATE
WETGEVING

De Minister bevoegd voor Gezondheid is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET HOUDENDE INSTEMMING MET HET SAMENWERKINGSAKKOORD
TUSSEN DE FEDERALE, GEWESTELIJKE EN GEMEENSCHAPSOVERHEDEN VOOR HET COÖRDI-
NEREN VAN DE GEGEVENSVERWERKING IN HET GEZONDHEIDSBELEID EN DE BIJSTAND AAN
PERSONEN, GEDAAN TE BRUSSEL OP 20 NOVEMBER 2017**

INHOUD

Dit decreet strekt ertoe instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, gedaan te Brussel op 20 november 2017.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van het enige artikel	4
Voorontwerp	5
Bijlage	
Samenwerkingsakkoord tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, gedaan te Brussel op 20 november 2017	6

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving

Met het oog op een optimale elektronische uitwisseling van informatie en gegevens tussen de verantwoordelijken in de gezondheids- en welzijnssector wordt het gemeenschappelijk gebruik van gegevens voor het ogenblik geregeld bij het Protocolakkoord van 29 april 2013 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie met het oog op het optimaal elektronisch uitwisselen en delen van informatie en gegevens tussen de actoren bevoegd inzake de gezondheids- en welzijnssector en de bijstand aan personen.¹

Dit Samenwerkingsakkoord over het gemeenschappelijke gebruik van gegevens, dat aan dit ontwerp van decreet ten grondslag ligt, werd uitgewerkt naar aanleiding van het advies dat de Raad van State in 2016 heeft gegeven over het gemeenschappelijke gebruik van gegevens in het kader van het BELRAI-project.²

Om mogelijke problemen bij het uitwisselen van gegevens uit de gezondheids- en welzijnssector tot een minimum te beperken, nam de federale interkabinettenwerkgroep "eHealth" het initiatief om een samenwerkingsakkoord voor het gemeenschappelijk gebruik van gegevens uit te werken. Dat akkoord biedt de mogelijkheid gegevens tussen de Regeringen uit te wisselen en gezamenlijke projecten op te zetten.

In een werkgroep werd een voorstel voor een ontwerp van samenwerkingsakkoord tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen uitgewerkt.

Hoofddoel van dat samenwerkingsakkoord: ervoor zorgen dat de gegevensuitwisseling tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden op basis van het "only-once-principe" kan geschieden, waarbij de gegevens op één enkele plaats worden bijgehouden in een authentieke bron die beheerd wordt door de Regering of de bevoegde overheidsinstantie.

Concreet heeft het samenwerkingsakkoord de volgende doelstellingen:

- het bevorderen van een veilige elektronische informatie-uitwisseling en gegevensdeling tussen alle actoren bevoegd voor het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, met de nodige waarborgen op het vlak van de informatieveiligheid en de vertrouwelijkheid van gegevens, de bescherming van de persoonlijke levenssfeer en het respect van het beroepsgeheim;
- het optimaliseren van de kwaliteit en de continuïteit van de zorg en de veiligheid van de patiënt, evenals de vereenvoudiging van de procedures voor alle betrokken actoren.

¹ B.S. van 18 juni 2013

² Advies 59.130/1 van de Raad van State van 15 april 2016 over een voorontwerp van besluit dat heeft geleid tot het besluit van de Vlaamse Regering van 13 mei 2016 tot invoering van de BelRAI screener.

Zo werd een tekst uitgewerkt die een rechtsgrondslag kan bieden voor het gemeenschappelijke gebruik van gegevens op basis van artikel 92bis, § 1, van de bijzondere wet tot hervorming der instellingen.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1

In dit artikel wordt beklemtoond dat de gegevensuitwisseling veilig en met de nodige veiligheidswaarborgen moet geschieden. Bovendien moeten de zorgkwaliteit, de zorgcontinuïteit, de veiligheid van de patiënt en de vereenvoudiging van de procedures geoptimaliseerd worden.

Artikel 2

Dit artikel bevat de definities van bepaalde begrippen van het samenwerkingsakkoord.

Artikel 3

In dit artikel worden verschillende principes afgesproken. In het eerste lid verplichten de partijen zich ertoe elkaar wederzijds in te lichten over de categorieën van gegevens waarover ze beschikken (metagegevens), dus welke databanken en gegevensverwerkingen er bestaan en hoe die eruit zien.

In het tweede lid staat dat een partij gegevens ter beschikking kan stellen van een andere partij, als de gegevensverwerking betrekking heeft op gegevens die herbruikbaar zijn in het kader van de uitoefening van de bevoegdheden van één of meer andere partijen.

In het derde lid wordt onderstreept dat elke partij verantwoordelijk blijft voor de correcte naleving van de desbetreffende Europese en Belgische voorschriften.

In het laatste lid wordt tot slot verduidelijkt dat de manier waarop de informatie-uitwisseling en gegevensdeling gebeurt, niet in het samenwerkingsakkoord wordt vastgelegd, maar verder geregeld kan worden in uitvoerende samenwerkingsakkoorden.

Artikel 4

Op basis van dit artikel kunnen één of meer partijen gezamenlijke projecten opzetten voor informatieverwerking in het kader van het gezondheids- en welzijnsbeleid.

Artikel 5

Dit artikel bepaalt dat de basisdiensten die door het eHealth-platform werden ontwikkeld, ter beschikking staan van alle partijen. Er wordt echter geen verplichting opgelegd om het eHealth-platform te gebruiken. Bij het gebruik van die basisdiensten respecteren de partijen de technische en functionele ICT-normen die door het eHealth-platform worden vastgelegd.

Artikel 6

In dit artikel staat dat de gefedereerde entiteiten met raadgevende stem deelnemen aan de vergaderingen van het 'Overlegcomité met de gebruikers' dat werd opgericht bij de 'eHealth-wet'.

Artikel 7

Dit artikel bevestigt de in het protocolakkoord van 29 april 2013 gemaakte afspraken over de vraag hoe de gefedereerde entiteiten kunnen deelnemen aan de vergaderingen van het Beheerscomité van het eHealth-platform.

Artikel 8

Dit artikel bepaalt dat een partij die financieel bijdraagt tot bepaalde diensten, stemgerechtigd is in dat Beheerscomité. Dit artikel vormt ook de basis voor het sluiten van asymmetrische samenwerkingsakkoorden, de zogenaamde "uitvoerende samenwerkingsakkoorden". Overeenkomstig artikel 92bis, § 1, derde lid, van de bijzondere wet tot hervorming der instellingen kunnen bepaalde uitvoeringsbepalingen van dit samenwerkingsakkoord geregeld worden bij uitvoerende samenwerkingsakkoorden. Uitvoerende samenwerkingsakkoorden kunnen zonder de instemming van het parlement in werking treden.

De Duitstalige Gemeenschap zal overeenkomstig artikel 7 van het Samenwerkingsakkoord een stemgerechtigde vertegenwoordiger in het Beheerscomité aanwijzen. Die vertegenwoordiger is stemgerechtigd bij beslissingen die behoren tot de exclusieve of gedeelde bevoegdheid van de gefedereerde entiteit. Onder 'gedeelde bevoegdheid' worden alle soorten projecten verstaan waaraan de Duitstalige Gemeenschap in de toekomst een wezenlijke bijdrage zal leveren.

Artikel 9

In dit artikel staat dat de uitvoering van het samenwerkingsakkoord opgevolgd wordt door een stuurgroep. Om geen nieuwe organen op te richten, is het de intentie dat dit akkoord binnen de thans bestaande overlegstructuren van de Interministeriële Conferentie zal worden opgevolgd.

Artikel 10

Dit artikel legt het principe vast dat alle partijen om uitvoerende samenwerkingsakkoorden kunnen verzoeken. Daarbij moet voor zo veel mogelijk transparantie ten aanzien van de niet-betrokken partijen gezorgd worden.

Artikel 11

Dit artikel heeft betrekking op de beslechting van eventuele geschillen door het rechtscollege bedoeld in artikel 92bis, §§ 5 tot 6, van de bijzondere wet tot hervorming der instellingen.

Artikel 12

Dit artikel bepaalt dat het samenwerkingsakkoord in werking treedt, zodra alle partijen met het samenwerkingsakkoord hebben ingestemd.

Artikel 13

Overeenkomstig deze bepaling wordt het samenwerkingsakkoord voor onbepaalde duur gesloten.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, gedaan te Brussel op 20 november 2017

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, gedaan te Brussel op 20 november 2017.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord tussen de federale, gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor het coördineren van de gegevensverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, gedaan te Brussel op 20 november 2017

**Accord de coopération entre les autorités
fédérales, régionales et communautaires pour
la coordination du traitement de données
dans les domaines de la politique de santé et
de l'aide aux personnes**

**Samenwerkingsakkoord tussen de federale,
gewestelijke en gemeenschapsoverheden voor
het coördineren van de gegevensverwerking in
het gezondheidsbeleid en de bijstand aan
personen**

Vu les articles 128, 130, 135 et 138 de la Constitution ;

Gelet op artikelen 128, 130, 135 en 138 van de Grondwet;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, notamment les articles 5, § 1^{er} et 92bis ;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, in het bijzonder artikel 5, § 1 en 92bis;

Vu la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises, notamment l'article 63 ;

Gelet op de bijzondere wet van 12 januari 1989 met betrekking tot de Brusselse Instellingen, in het bijzonder artikel 63;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 55bis ;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 55bis;

Vu le décret II de la Communauté française du 19 juillet 1993 attribuant l'exercice de certaines compétences de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission communautaire française, notamment les articles 3, 6° et 7°, et 4, 1° ;

Gelet op het decreet II van de Franse Gemeenschap van 19 juli 1993 tot toekenning van de uitoefening van sommige bevoegdheden van de Franse Gemeenschap aan het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie, in het bijzonder de artikelen 3, 6° en 7°, en 4, 1°;

Vu le décret II de la Région wallonne du 22 juillet 1993 attribuant l'exercice de certaines compétences de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission communautaire française, notamment les articles 3, 6° et 7°, et 4, 1° ;

Gelet op het decreet II van het Waalse Gewest van 22 juli 1993 betreffende de overheveling van sommige bevoegdheden van de Franse Gemeenschap naar het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie, in het bijzonder de artikelen 3, 6° en 7°, en 4, 1°;

Vu le décret III de la Commission communautaire française du 22 juillet 1993 attribuant l'exercice de certaines compétences de la Communauté française à la Région wallonne et à la Commission Communautaire française, notamment les articles 3, 6° et 7°, et 4, 1° ;

Gelet op het decreet III van de Franse Gemeenschapscommissie van 22 juli 1993 tot toekenning van de uitoefening van sommige bevoegdheden van de Franse Gemeenschap aan het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie, in het bijzonder de artikelen 3, 6° en 7°, en 4, 1°;

Considérant que les Communautés sont, d'une façon générale, compétentes en matière de politique de santé et d'aide aux personnes ;

Overwegende dat de Gemeenschappen in het algemeen bevoegd zijn voor het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen;

Considérant qu'un certain nombre de matières liées à la politique de santé et à l'aide aux

Overwegende dat een aantal materies met betrekking tot het gezondheidsbeleid en de

personnes continuent à relever de la compétence de l'État fédéral ;

Considérant que tant l'État fédéral que les Communautés, la Commission communautaire commune, la Commission communautaire française et la Région wallonne prennent, chacun dans le cadre de sa compétence en matière de politique de santé et d'aide aux personnes, des initiatives novatrices dans le domaine du traitement électronique de l'information, en recourant autant que possible aux possibilités offertes par les technologies modernes de l'information et de la communication ;

Considérant que tant l'État fédéral que les Communautés, la Commission communautaire commune, la Commission communautaire française et la Région wallonne souhaitent, dans ce cadre, promouvoir un échange d'information électronique sécurisé entre tous les acteurs impliqués dans la politique de santé et l'aide aux personnes, dans le respect de la protection de la vie privée et du secret professionnel ;

Considérant qu'en date des 29 mars 2000 et 29 avril 2013, les Parties ont déjà signé des protocoles d'accord en vue d'un échange et d'un partage électroniques optimaux d'informations et de données entre les acteurs compétents pour la politique de santé et l'aide aux personnes ;

Considérant que, s'ils reflètent les accords politiques entre les ministres compétents membres de la Conférence interministérielle de la Santé publique, les protocoles précités ne permettent toutefois pas, sur le plan constitutionnel, de mettre en place toutes les formes de collaboration souhaitées ;

Considérant qu'au travers du présent accord de coopération, les Parties entendent mettre en place un fondement juridique adéquat et conforme au cadre constitutionnel belge pour leur collaboration en matière de traitement de l'information dans les domaines de la politique de santé et de l'aide aux personnes ;

bijstand aan personen tot de bevoegdheid blijven behoren van de Federale Staat;

Overwegende dat zowel de Federale Staat als de Gemeenschappen, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Franse Gemeenschapscommissie en het Waalse Gewest, elk binnen hun bevoegdheid inzake gezondheidsbeleid en bijstand aan personen, vooruitstrevende initiatieven nemen op het vlak van elektronische informatieverwerking waarbij maximaal gebruik wordt gemaakt van de mogelijkheden van moderne informatie- en communicatietechnologie;

Overwegende dat zowel de Federale Staat als de Gemeenschappen, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, de Franse Gemeenschapscommissie en het Waalse Gewest daarbij een veilige elektronische informatie-uitwisseling willen bevorderen tussen alle actoren betrokken bij het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, met respect voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer en voor het beroepsgeheim;

Overwegende dat Partijen op 29 maart 2000 en op 29 april 2013 al protocolakkoorden hebben gesloten met het oog op het optimaal elektronisch uitwisselen en delen van informatie en gegevens tussen de actoren bevoegd inzake gezondheidsbeleid en bijstand aan personen;

Overwegende dat deze protocolakkoorden de weergave zijn van een politiek akkoord tussen bevoegde Ministers die lid zijn van de Interministeriële Conferentie Volksgezondheid maar vanuit grondwettelijk oogpunt niet elke gewenste vorm van samenwerking toelaten;

Overwegende dat de Partijen daarom met dit samenwerkingsakkoord een correcte juridische basis overeenkomstig het Belgisch grondwettelijk kader willen creëren voor hun onderlinge samenwerking op het vlak van informatieverwerking in het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen.

L'État fédéral, représenté par le Gouvernement fédéral, en la personne du Premier Ministre et de la Ministre ayant les Affaires sociales et la Santé publique dans ses attributions;	De Federale Staat, vertegenwoordigd door de Federale Regering, in de persoon van de Eerste Minister en de Minister bevoegd voor Sociale Zaken en Volksgezondheid;
La Communauté flamande, représentée par son Gouvernement en la personne de son Ministre-Président et du Ministre ayant la Santé publique, le Bien-être et la Famille dans ses attributions;	De Vlaamse Gemeenschap, vertegenwoordigd door haar Regering, in de persoon van haar Minister-President en van de Minister bevoegd voor Volksgezondheid, Welzijn en Gezin;
La Communauté française, représentée par son Gouvernement, en la personne de son Ministre-Président;	De Franse Gemeenschap, vertegenwoordigd door haar Regering, in de persoon van haar Minister-President;
La Communauté germanophone, représentée par son Gouvernement, en la personne de son Ministre-Président;	De Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door haar Regering, in de persoon van haar Minister-President;
La Région wallonne, représentée par son Gouvernement en la personne de son Ministre-Président;	Het Waalse Gewest, vertegenwoordigd door haar Regering, in de persoon van haar Minister-President;
La Commission communautaire commune, représentée par son Collège réuni en la personne de son Président;	De Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, vertegenwoordigd door haar Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, in de persoon van diens Voorzitter;
La Commission communautaire française représentée par son Collège en la personne de son Président;	De Franse Gemeenschapscommissie, vertegenwoordigd door haar College, in de persoon van diens Voorzitter;
Ci-après dénommées "les Parties", ont convenu ce qui suit:	Hierna genoemd "de Partijen", zijn het volgende overeengekomen:

Article 1^{er}. Objectifs

Les objectifs du présent accord sont les suivants :

- la promotion d'un échange et d'un partage électroniques sécurisés d'informations et de données entre tous les acteurs compétents pour la politique de santé et l'aide aux personnes, avec les garanties nécessaires en ce qui concerne la sécurité de l'information et la confidentialité des données, la protection de la vie privée et le respect du secret professionnel ;
- l'optimisation de la qualité et continuité des soins et de la sécurité du

Artikel 1. Doelstellingen

Dit akkoord heeft de volgende doelstellingen:

- het bevorderen van een veilige elektronische informatie-uitwisseling en gegevensdeling tussen alle actoren bevoegd voor het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen, met de nodige waarborgen op het vlak van de informatieveiligheid en de vertrouwelijkheid van gegevens, de bescherming van de persoonlijke levenssfeer en het respect van het beroepsgeheim;
- het optimaliseren van de kwaliteit en de continuïteit van de zorg en de veiligheid

patient, ainsi que la simplification des procédures pour l'ensemble des acteurs concernés.

van de patiënt evenals de vereenvoudiging van de procedures voor alle betrokken actoren.

Article 2. Définitions

Pour l'application du présent accord de coopération, il faut entendre par:

- aide aux personnes: l'aide aux personnes visée à l'article 5, §1^{er}, II de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, indépendamment du fait que cette politique soit attribuée aux compétences des Communautés par ladite loi ou relève de la compétence de l'État fédéral ;
- entité fédérée: une Communauté au sens de l'article 2 de la Constitution, une Région au sens de l'article 3 de la Constitution ou une Commission communautaire au sens de l'article 163 de la Constitution ;
- partage de données: la mise à disposition, de quelque manière que ce soit, de données traitées par une Partie ou entité dans les limites du domaine de compétences d'une Partie à une ou plusieurs autres Parties ou à une ou plusieurs entités qui traitent ces données dans les limites du domaine de compétence de ces autres Parties ;
- traitement de données: toute opération ou tout ensemble d'opération effectuées ou non à l'aide de procédés automatisés et appliquées à des données ou des ensembles de données à caractère personnel, telles que la collecte, l'enregistrement, l'organisation, la structuration, la conservation, l'adaptation ou la modification, l'extraction, la consultation, l'utilisation, la communication par transmission, la diffusion ou toute autre forme de mise à disposition, le rapprochement ou l'interconnexion, la limitation, l'effacement ou la destruction (comme visés à l'article 4, 2) du règlement EU du 27 avril 2016 relatif à la protection des

Artikel 2. Definities

Voor de toepassing van dit samenwerkingsakkoord wordt verstaan onder:

- bijstand aan personen: bijstand aan personen zoals bedoeld in artikel 5, § 1, II van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, ongeacht of dit beleid door die wet aan de bevoegdheid van de gemeenschappen wordt toegewezen of tot de bevoegdheid van de federale staat behoort;
- gefedereerde entiteit: een gemeenschap in de zin van artikel 2 van de Grondwet, een gewest in de zin van artikel 3 van de Grondwet of een Gemeenschapscommissie in de zin van artikel 163 van de Grondwet;
- gegevensdeling: het op eender welke wijze beschikbaar stellen van gegevens die verwerkt worden door een Partij of door een entiteit binnen het bevoegdheidsdomein van een Partij aan één of meer andere Partijen of met één of meer entiteiten die deze gegevens verwerken binnen het bevoegdheidsdomein van die andere Partijen;
- gegevensverwerking: een bewerking of een geheel van bewerkingen met betrekking tot persoonsgegevens of een geheel van persoonsgegevens, al dan niet uitgevoerd via geautomatiseerde procedés, zoals het verzamelen, vastleggen, ordenen, structureren, opslaan, bijwerken of wijzigen, opvragen, raadplegen, gebruiken, verstrekken door middel van doorzending, verspreiden of op andere wijze ter beschikking stellen, aligneren of combineren, afschermen, wissen of vernietigen van gegevens (zoals voorzien in artikel 4, 2) van de EU verordening van 27 april 2016

- personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel);
- politique de santé : la politique de santé visée à l'article 5, §1^{er}, I de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, indépendamment du fait que cette politique soit attribuée aux compétences des Communautés par ladite loi ou relève de la compétence de l'État fédéral ;
- accord de coopération d'exécution : un accord de coopération conforme à l'article 92bis, § 1, 3^{ème} alinéa de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, dont l'exécution peut être assurée sans nécessiter un assentiment par loi ou par décret.

- betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens);
- gezondheidsbeleid: het gezondheidsbeleid zoals bedoeld in artikel 5, § 1, I van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, ongeacht of dit beleid door die wet aan de bevoegdheid van de gemeenschappen wordt toegewezen of tot de bevoegdheid van de federale staat behoort;
- uitvoerend samenwerkingsakkoord: samenwerkingsakkoord overeenkomstig artikel 92bis, § 1, lid 3, van de wet van 8 augustus tot hervorming der instellingen, waarvan de uitvoering kan worden verzekerd zonder dat de instemming bij wet of decreet vereist is.

Article 3. Échange d'informations et partage de données

Afin d'éviter de battre en brèche le principe d'unicité de la collecte de données et des sources authentiques au niveau de la politique de santé et de l'aide aux personnes, chaque Partie s'engage à communiquer à toute autre Partie qui lui en fait la demande, toutes informations pertinentes concernant les objectifs des traitements de données – et le type de données concernées (métadonnées) – accomplis dans le cadre de ses compétences et pertinents pour la Partie requérante dans le cadre de l'exercice de ses compétences en matière de politique de santé et d'aide aux personnes.

Si un traitement de données accompli dans le cadre des compétences d'une Partie concerne des données susceptibles d'être réutilisées dans le cadre de l'exercice des compétences d'une ou plusieurs autres Parties en matière de politique de santé et d'aide aux personnes, la première Partie citée peut rendre ces données disponibles pour ces autres Parties à leur demande.

Chaque Partie reste responsable du respect adéquat de la réglementation européenne et belge et, le cas échéant, de l'entité fédérée en

Artikel 3. Informatie-uitwisseling en gegevensdeling

Om ondermijning van de toepassing van de principes van unieke gegevensinzameling en authentieke bronnen bij het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen te voorkomen, verbindt elke Partij zich ertoe aan elke andere Partij die daarom verzoekt, alle relevante informatie te verschaffen over de doelstelling van een gegevensverwerking – en over welk soort gegevens (metagegevens) – die onder haar bevoegdheid worden verricht en die relevant zijn voor de verzoekende Partij voor de uitoefening van haar bevoegdheden inzake gezondheidsbeleid en bijstand aan personen.

Indien een gegevensverwerking die onder de bevoegdheid van een Partij wordt verricht, betrekking heeft op gegevens die tegelijk herbruikbaar zijn in het kader van de uitvoering van bevoegdheden van één of meer andere Partijen inzake gezondheidsbeleid en bijstand aan personen, mag eerstgenoemde Partij deze gegevens beschikbaar stellen voor die andere Partijen op hun verzoek.

Elke Partij blijft verantwoordelijk voor de correcte naleving van de Europese en Belgische en in voorkomend geval deelstatelijke

matière de protection dans le cadre du traitement de données à caractère personnel et, en particulier, la réglementation spécifique d'application en cas de communication de données et, le cas échéant, la réglementation relative à l'obtention des autorisations requises par cette réglementation pour le partage de données visées à l'alinéa précédent.

Les modalités techniques et organisationnelles pour l'échange d'informations visé au premier alinéa et pour le partage de données visé au deuxième alinéa sont fixées dans des protocoles d'accord conclus entre les autorités compétentes, pour chaque Partie, pour le traitement de données concerné.

regelgeving over de bescherming bij de verwerking van persoonsgegevens en in het bijzonder de regelgeving specifiek van toepassing bij de mededeling van gegevens en in voorkomend geval de regelgeving voor het verkrijgen van de door deze regelgeving opgelegde machtigingen die vereist zijn voor de in het vorige lid bedoelde gegevensdeling.

De technische en organisatorische modaliteiten voor de in het eerste lid bedoelde informatie-uitwisseling en voor de in het tweede lid bedoelde gegevensdeling kunnen worden vastgesteld in protocolakkoorden die gesloten worden tussen de voor elke Partij, voor de betrokken gegevensverwerking, bevoegde overheden.

Article 4. Projets conjoints

À l'initiative d'une ou de plusieurs Parties au présent accord de coopération, des projets conjoints relatifs au traitement d'informations dans le cadre de la politique de santé et de l'aide aux personnes peuvent être mis en place par deux ou plusieurs Parties.

Les objectifs et principes généraux en matière de répartition des rôles, d'exécution et de financement des projets conjoints peuvent être fixés dans un accord de coopération d'exécution conclu au sein de la Conférence Interministérielle.

Les modalités techniques et organisationnelles pour l'exécution de projets conjoints peuvent être fixées dans des protocoles d'accord conclus entre les autorités compétentes, pour chaque Partie, pour le projet concerné.

Artikel 4. Gezamenlijke projecten

Op initiatief van één of meer Partijen bij dit samenwerkingsakkoord kunnen door twee of meer Partijen gezamenlijke projecten worden opgezet met betrekking tot de informatieverwerking in het kader van het gezondheidsbeleid en de bijstand aan personen.

De doelstellingen en de algemene principes met betrekking tot rolverdeling, de uitvoering en de financiering van gezamenlijke projecten kunnen worden vastgesteld in een uitvoerend samenwerkingsakkoord gesloten in de schoot van de interministeriële conferentie.

De technische en organisatorische modaliteiten voor de uitvoering van gezamenlijke projecten kunnen worden vastgesteld in protocolakkoorden die gesloten worden tussen de voor elke Partij, voor het betrokken project bevoegde overheden.

Article 5. Services de base de la Plate-forme e-Health

Les services de base développés par la plate-forme e-Health conformément à l'article 5, 4°, de la loi du 21 août 2008 relative à l'institution et à l'organisation de la plate-forme e-Health sont mis à disposition de l'ensemble des Parties.

Artikel 5. Basisdiensten van het eHealth-platform

De basisdiensten, die door het eHealth-platform werden ontwikkeld overeenkomstig artikel 5, 4° van de wet van 21 augustus 2008 houdende oprichting en organisatie van het eHealth-platform zijn ter beschikking van alle Partijen.

Pour utiliser ces services de base, les Parties respectent les normes ICT techniques et fonctionnelles fixées par la plate-forme e-Health en collaboration avec le Comité consultatif des utilisateurs de la plate-forme e-Health.

Bij het gebruik van deze basisdiensten respecteren de Partijen de technische en functionele ICT-normen die door het eHealth-platform worden vastgelegd, waar wettelijk voorzien in samenwerking met het Overlegcomité van de gebruikers van het eHealth platform.

Article 6. Comité de concertation des utilisateurs de la Plate-forme e-Health

Artikel 6. Overlegcomité van gebruikers van het eHealth-platform

Les entités fédérées participent avec voix consultative aux réunions du Comité de concertation des utilisateurs visé à l'article 23 de la loi du 21 août 2008 relative à l'institution et à l'organisation de la plate-forme e-Health.

De gefedereerde entiteiten nemen met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van het Overlegcomité van de gebruikers bedoeld in artikel 23 van de wet van 21 augustus 2008 houdende oprichting en organisatie van het eHealth-platform.

Article 7. Comité de gestion de la Plate-forme e-Health

Artikel 7. Beheerscomité van het eHealth-platform

Les entités fédérées participent, avec voix consultative, aux réunions du Comité de gestion visé à l'article 15, §1 de la loi du 21 août 2008 relative à l'institution et à l'organisation de la plate-forme e-Health.

De gefedereerde entiteiten nemen met raadgevende stem deel aan de vergaderingen van het Beheerscomité bedoeld in artikel 15 §1 van de wet van 21 augustus 2008 houdende oprichting en organisatie van het eHealth-platform.

La représentation des entités fédérées au Comité de gestion s'établit comme suit :

De vertegenwoordiging van de gefedereerde entiteiten in het Beheerscomité wordt vastgesteld als volgt:

- Deux membres nommés et révoqués par la Communauté flamande;
- Deux membres nommés et révoqués conjointement par la Communauté française, la Région wallonne et la Commission communautaire française;
- Un membre nommé et révoqué par la Commission communautaire commune;
- Un membre nommé et révoqué par la Communauté germanophone.

- Twee leden benoemd en ontslagen door de Vlaamse Gemeenschap;
- Twee leden benoemd en ontslagen gezamenlijk door de Franse Gemeenschap, het Waals Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie;
- Een lid benoemd en ontslagen door de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie;
- Een lid benoemd en ontslagen door het Duitstalige Gemeenschap.

Article 8. Financement de la Plate-forme e-Health

Artikel 8. Financiering van het eHealth-platform

Les services relatifs au traitement d'informations dans le cadre de la politique de

Diensten die met betrekking tot de informatieverwerking in het kader van het gezondheidsbeleid of de bijstand aan personen

santé ou de l'aide aux personnes accomplies par une Partie au profit d'une autre Partie au présent accord de coopération peuvent faire l'objet d'un règlement financier défini dans un accord de coopération d'exécution.

En particulier, un accord de coopération d'exécution entre l'État fédéral et une ou plusieurs entités fédérées peut fixer la contribution de cette/ces dernière(s) dans le financement de la plate-forme e-Health. Dès la signature d'un tel accord, l'entité fédérée concernée peut désigner un ou plusieurs représentant(s) ayant voix délibérative au Comité de gestion visé à l'article 15 de la loi du 21 août 2008 relative à l'institution et à l'organisation de la plate-forme e-Health. Ce représentant dispose d'un droit de vote en cas de décisions qui relèvent de la compétence exclusive ou partagée des entités fédérées. L'article 15, § 1^{er} de cette dernière loi sera adapté à cet effet.

verricht worden door een Partij ten voordele van een andere Partij bij dit samenwerkingsakkoord kunnen het onderwerp uitmaken van een financiële regeling vastgesteld in een uitvoerend samenwerkingsakkoord.

In het bijzonder kan een samenwerkingsakkoord tussen de Federale Staat en één of meer gefedereerde entiteiten de bijdrage van laatstgenoemde(n) in de financiering van het eHealth-platform vaststellen. Vanaf de ondertekening van een dergelijk akkoord kan de betrokken gefedereerde entiteit een of meerdere stemgerechtigde vertegenwoordiger(s) aanduiden in het Beheerscomité bedoeld in artikel 15 van de wet van 21 augustus 2008 houdende oprichting en organisatie van het eHealth-platform. Deze vertegenwoordiger is stemgerechtigd bij beslissingen die behoren tot de exclusieve of gedeelde bevoegdheid van de gefedereerde entiteit. Artikel 15, § 1 van laatstgenoemde wet zal daartoe worden aangepast.

Article 9. Comité de pilotage

Un Comité de pilotage comprenant des représentants de chaque Partie au présent accord est institué par la Conférence Interministérielle.

Le Comité de pilotage veille à la bonne exécution du présent accord de coopération et délibère le cas échéant sur les propositions d'amendement de cet accord.

Artikel 9. Stuurgroep

Er wordt een Stuurgroep opgericht door de interministeriële conferentie met vertegenwoordigers van elke Partij bij dit akkoord.

De Stuurgroep waakt over de goede uitvoering van dit samenwerkingsakkoord en beraadslaagt in voorkomend geval over de voorstellen tot aanpassing ervan.

Article 10. Modalités des accords de coopération bilatéraux asymétriques

Des accords de coopération bilatéraux asymétriques, le cas échéant d'exécution, peuvent être conclus lorsqu'une Partie le requiert. Les modalités de conclusions de ces accords bilatéraux asymétriques devront notamment assurer le respect du principe de transparence vis-à-vis de l'ensemble des Parties lors de la négociation d'un tel accord de coopération d'exécution.

Artikel 10. Nadere regels voor de asymmetrische bilaterale samenwerkingsakkoorden

Er kunnen asymmetrische bilaterale samenwerkingsakkoorden, zo nodig uitvoerend, afgesloten worden, wanneer een Partij erom verzoekt. De nadere regels voor het afsluiten van deze asymmetrische bilaterale akkoorden zullen met name de naleving moeten verzekeren van het transparantiebeginsel tegenover alle Partijen tijdens de onderhandeling over zo'n uitvoerend samenwerkingsakkoord.

Article 11 Litiges

Les litiges relatifs à l'interprétation ou à l'exécution du présent accord de coopération sont réglés par la juridiction visée à l'article 92bis, §§ 5 et 6 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles.

Artikel 11. Geschillen

Geschillen met betrekking tot de uitlegging of de uitvoering van dit samenwerkingsakkoord worden beslecht door het rechtscollege bedoeld in artikel 92bis, §§ 5 en 6 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen.

Article 12. Entrée en vigueur

Le présent accord de coopération entre en vigueur le jour de la publication au Moniteur belge du dernier acte d'assentiment.

Artikel 12. Inwerkingtreding

Dit samenwerkingsakkoord treedt in werking op de dag van publicatie in het Belgisch Staatsblad van de laatste instemmingsakte.

Article 13. Durée

Le présent accord de coopération est conclu pour une durée indéterminée.

Artikel 13. Duur

Het samenwerkingsakkoord wordt voor onbepaalde duur afgesloten.

Fait à Bruxelles, le xxx 2017 en langues néerlandaise, française et allemande.

20 NOV. 2017

Gedaan te Brussel, op xxx 2017, in de Nederlandse, Franse en Duitse taal.

20 NOV. 2017

Pour L'Etat fédéral

Voor de Federale overheid,



Maggie De Block

Ministre de la Santé publique et des Affaires sociales
Minister van Volksgezondheid en sociale Zaken

Pour la Communauté Flamande,

Voor de Vlaamse Gemeenschap,



Geert BOURGEOIS

Minister-president van de Vlaamse Regering, Vlaams minister van Buitenlands Beleid en Onroerend Erfgoed

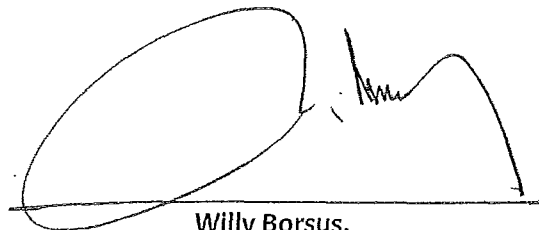


Jo VANDEURZEN

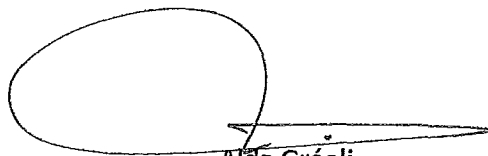
Vlaams minister van Welzijn, Volksgezondheid en Gezin

Pour la Région wallonne,

Voor de Waalse Gewest,



Willy Borsus,
Ministre-Président



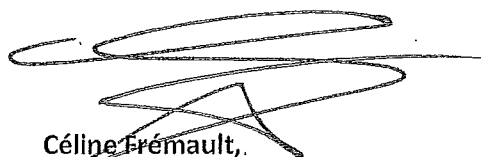
Alda Gréoli,

Vice-Présidente et Ministre de l'Action sociale, de la Santé, de l'Egalité des chances, de la Fonction publique
et de la Simplification administrative

Pour la Commission communautaire française, Voor de Franse Gemeenschapscommissie



Cécile Vodogne,
Membre du Collège chargée de la Fonction publique et de la politique de la Santé

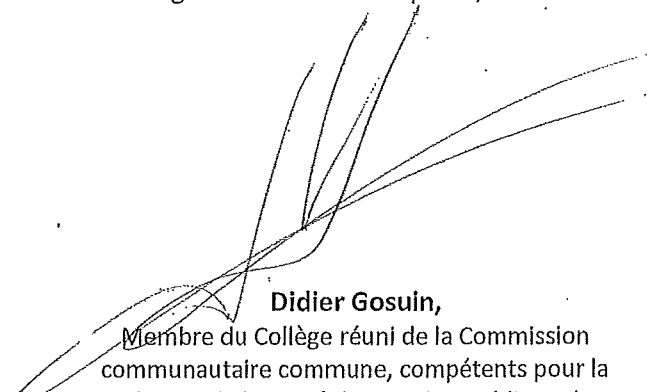


Céline Frémault,

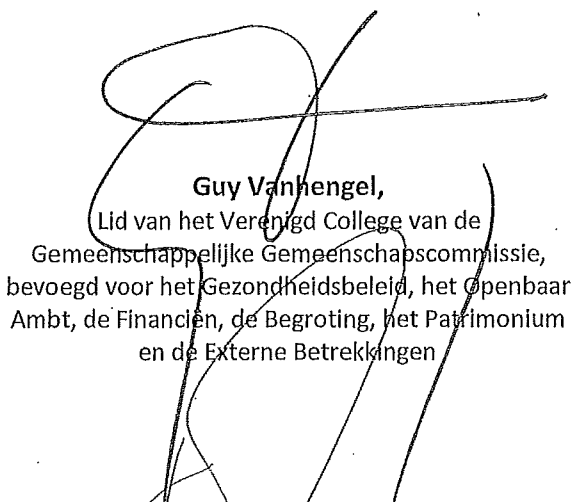
Membre du Collège chargée de la Politique d'Aide aux Personnes handicapées, de l'Action sociale, de la Famille et des Relations internationales

Pour la Commission communautaire commune
de la Région de Bruxelles-Capitale,

Voor de Gemeenschappelijke
Gemeenschapscommissie van het Brussels
Hoofdstedelijk Gewest



Didier Gosuin,
Membre du Collège réuni de la Commission
communautaire commune, compétents pour la
politique de la Santé, la Fonction publique, les
Finances, le Budget, le Patrimoine et les Relations
extérieures



Guy Vanhengel,
Lid van het Verenigd College van de
Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie,
bevoegd voor het Gezondheidsbeleid, het Openbaar
Ambt, de Financien, de Begroting, het Patrimonium
en de Externe Betrekkingen



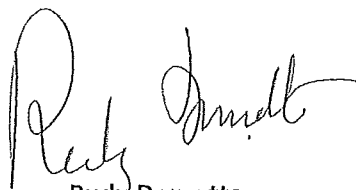
Céline Frémault,
Membre du réuni de la Commission communautaire
commune, chargée des Familles et des Allocations
familiales, des Personnes handicapées, de l'Action
sociale et de la Lutte contre la Pauvreté



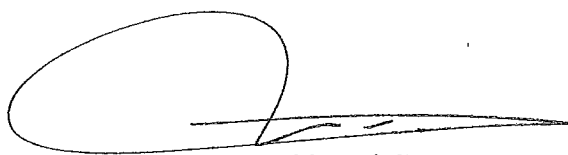
Pascal Smet,
Lid van het Verenigd College van de
Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie,
belast met het Beleid inzake Bijstand aan Personen,
het Gezinsbeleid en de Filmkeuring

Pour la Communauté française,

Voor de Franse Gemeenschap



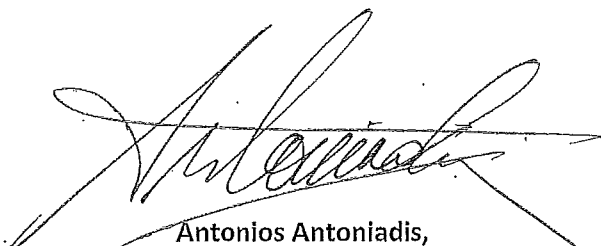
Rudy Demotte,
Ministre président



Alda Gréoli,
Vice-Présidente, Ministre de la Culture et de l'Enfance

Pour la Communauté germanophone,

Voor de Duitstalige Gemeenschap



Antonios Antoniadis,
Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales